Deutscher Bundestag **Drucksache 15/203**
15. Wahlperiode 17. 12. 2002

Antrag

der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Ralf Brauksiepe, Hartwig Fischer (Göttingen), Siegfried Helias, Rudolf Kraus, Conny Mayer (Baiersbronn), Sybille Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Rainer Eppelmann, Norbert Geis, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke und der Fraktion der CDU/CSU

Neue Initiative zur Wiederbelebung des kolumbianischen Friedensprozesses international unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Entführung des inzwischen befreiten Präsidenten des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, Bischof Jorge Enrique Jiménez Carvajal von Zipaquirá, haben die zahlreichen Entführungen in Kolumbien einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit ihm wurde erneut – nach der Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancour, die noch immer festgehalten wird – ein hoher Funktionsträger des öffentlichen Lebens entführt. Die Entführungen stellen einen Angriff gegen alle Frieden stiftenden Kräfte in dem seit Jahren von internen kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichneten Land und darüber hinaus in Lateinamerika dar. Diese letzte Entführung, die mit Bedacht auf den höchsten Repräsentanten der katholischen Kirche in Lateinamerika abzielte, macht offenkundig, wie sehr eine friedliche Konfliktlösung in Kolumbien notwendig ist und dass eine internationale Begleitung und Unterstützung erforderlich sind.

Entführungen sind schwerste Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechtes, die durch nichts zu rechtfertigen sind. In Kolumbien werden jährlich über 3 000 Menschen entführt. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen im Rahmen der gewaltsamen Konflikte zwischen Armee, paramilitärischen Gruppen, Guerilla und Drogenmafia in Kolumbien getötet und vertrieben werden. Mit rund 30 000 Ermordeten pro Jahr und 2,5 Millionen intern Vertriebenen insgesamt ist ein trauriger Höhepunkt erreicht.

Der Drogenhandel, in den sowohl die Guerillagruppe FARC (Fuercas Armadas Revolutionarias de Colombia) als auch die in der AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) zusammengeschlossenen rechtsgerichteten Paramilitärs verstrickt sind, stellt nicht nur ein Problem des produzierenden Landes Kolumbien dar, sondern ist auch eine Herausforderung für die Staaten, in denen Drogen konsumiert werden. Wie beim internationalen illegalen Waffenhandel, der den internen Konflikt im Lande nährt und dessen Bekämpfung den kolumbianischen Staat allein überfordert, muss die internationale Staatengemeinschaft auch bei der Lösung dieses Problems helfen.

Álvaro Uribe ist in diesem Jahr mit deutlicher Mehrheit zum neuen Präsidenten Kolumbiens gewählt worden. Er steht für einen konsequenten innenpolitischen Stabilisierungskurs, der Friedensverhandlungen mit den Rebellen einschließt,

aber im Notfall auch auf militärischen Druck setzt. Nicht nur ein Großteil der Kolumbianer, sondern auch die internationale Staatengemeinschaft setzen große Hoffnungen in ihn, die schwere Krise Kolumbiens zu überwinden.

Der Deutsche Bundestag fordert die an den Auseinandersetzungen in Kolumbien beteiligte Guerillagruppe FARC und die paramilitärischen Gruppen der AUC – welche beide international als Terrororganisationen geächtet sind – sowie der Guerillagruppe ELN (Ejército de Liberatión National) auf, grundsätzlich auf Gewaltanwendung zu verzichten, das humanitäre Völkerrecht, die Menschenrechte und die humanitären Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu beachten und alle Entführten umgehend freizulassen. Ebenso fordert der Deutsche Bundestag die genannten Gruppierungen dazu auf, sich sofort konstruktiv ohne Vorbedingungen an Friedensverhandlungen mit der kolumbianischen Regierung zu beteiligen und alles in ihrer Macht stehende zur schnellstmöglichen Befriedung des Landes beizutragen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit der Europäischen Union den Reformkurs der amtierenden Regierung Uribe und den von seinem Vorgänger Dr. Andrés Pastrana ins Leben gerufenen „Plan Colombia“ politisch und finanziell zu unterstützen. Hierzu gehören die Bestrebungen, das staatliche Gewaltmonopol wieder durchzusetzen, Neuverhandlungen mit den Guerillagruppen nur unter Bedingungen – wie z. B. einer Waffenruhe - zu führen und umfassende Reformen von Legislative, Parteien, Justiz und Verwaltung durchzusetzen. Dazu gehört vor allem auch, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und zur Anklage zu bringen. Ferner ist in diesem Zusammenhang eine intensivere Politik der Europäischen Union gegenüber Kolumbien anzustreben und auf eine einheitlichere, vorurteilslose Position der Staaten der EU gegenüber Kolumbien zu drängen;
2. eng mit den Vereinigten Staaten von Amerika als wichtigstem Kooperationspartner der kolumbianischen Regierung zusammenzuarbeiten und sich insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung des Plan Colombia miteinander abzustimmen;
3. darauf hinzuwirken, dass politische Initiativen für eine friedliche Beilegung der Konflikte in Kolumbien – wie beispielsweise der Vorschlag des Staatspräsidenten Álvaro Uribe, den Konflikt unter Vermittlung der Vereinten Nationen zu regeln – vorangetrieben bzw. neue ergriffen und diese international begleitet und unterstützt werden;
4. die kolumbianische Regierung in ihren Bestrebungen zu unterstützen, den Drogenhandel als Finanzierungsquelle für die Kriegsparteien zu bekämpfen und gleichzeitig der ländlichen Bevölkerung beim Anbau alternativer Produkte zur Coca-Pflanze zu helfen sowie sich international dafür einzusetzen, dass der Export entsprechender Agrarprodukte nicht durch Zollbarrieren und Agrarsubventionen der Industrieländer behindert wird;
5. die kolumbianische Regierung in ihren Bemühungen bei der Suche nach humanitären Lösungen zu unterstützen, eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Situation zu erreichen. Hierzu gehört insbesondere der kleinbäuerliche Zugang zu Land.

Berlin, den 17. Dezember 2002

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333